

V0392/21

Vor Ort Impfung für vulnerable Gruppen

-Dringlichkeitsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 10.05.2021-

Stadtrat vom 11.05.2021

Der Dringlichkeitsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 10.05.2021 (V0392/21) sowie die Stellungnahme der Verwaltung werden gemeinsam behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme der Verwaltung vorliege. Diese Stellungnahme liegt dem Protokoll als Anlage bei. Es werden, wie bereits im Dringlichkeitsantrag der FDP/JU genannt, ab Juni mobile Teams am Wohnort und in der Freizeit zusätzlich zum Impfzentrum ein niederschwelliges Impfangebot schaffen. Dazu gehörten auch die Quartiere der sozialen Stadt. Ein weiterer wichtiger Aspekt seien die Sonderkontingente, die der Freistaat Bayern für Obdachlose und Asylbewerberunterkünfte zur Verfügung stelle. Der Leiter des Impfzentrums treffe sich zudem zur Stunde mit der Integrationsbeauftragten und den Moscheegemeinden, um eine Verbesserung der Ansprache zu bewirken.

Stadtrat Ettinger zeigt sich sehr erfreut über die Zündung des Turbos von Herrn Buchhold. Alle Antragspunkte des Antrages der Ausschussgemeinschaft FDP/JU seien in der heute eingegangenen E-Mail eingepflegt worden, teilweise im Wortlaut. Herr Buchhold habe auch kurz vor der Sitzung noch Angaben zum Impfstoff gemacht. Der Impfstoff von Astrazeneca laufe EU-weit aus, so dass andere Impfstoffe verabreicht werden. Auch der Migrationsrat werde einbezogen. Stadtrat Ettinger zieht aus diesem Grund den Antrag zurück.

Stadträtin Peters finde den Antrag ausgesprochen sinnvoll und ihre SPD-Stadtratsfraktion unterstütze ihn. Wie wichtig das Thema sei, habe ihre Fraktion bereits schon in der vorletzten Fraktionssitzung erkannt. Natürlich habe man sich auch in der Zeitung darüber informiert, was andere Städte machen. Auch Stadtrat Böhm habe sich eingebracht und betont, dass es nicht reiche, die Personen zum Impfen kommen zu lassen, sondern dass auch eine Unterstützung nötig sei und die Personen aufgesucht werden müssten. Des Weiteren weist Stadträtin Peters darauf hin, dass die Verwaltung, insbesondere Frau Gumplinger, in Zusammenarbeit mit Herrn Buchhold sehr flexibel sei und sofort gehandelt habe. Die Stadt Ingolstadt habe einen sehr aktiven Migrationsrat, der auch handele und nicht nur rede, deshalb gehe der Dank auch an Frau Gumplinger.

Der Dringlichkeitsantrag der FDP/JU wird zurückgezogen und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.